Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8380**

17. Wahlperiode 18. 01. 2012

Antrag

der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Diana Golze, Dr. Martina Bunge, Heidrun Dittrich, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Yvonne Ploetz, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Rente erst ab 67 sofort aussetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Januar 2012 sind die Menschen schrittweise von der Rente erst ab 67 Jahren betroffen. Wer nicht bis zur erhöhten Altersgrenze beschäftigt sein wird, dem wird die Rente gekürzt. Angesichts der Arbeitsmarktlage erklären nun auch einige der Befürworter und Befürworterinnen der Rente erst ab 67, dass sie so nicht umgesetzt werden dürfe. Sie fordern daher, die Rente erst ab 67 auszusetzen. Anstatt dies nur anzukündigen, ist nun jedoch entschlossenes Handeln nötig.

Es ist fünf nach zwölf. Allein im Januar 2012 können bis zu 35 000 Personen von den Rentenkürzungen betroffen sein. Während die zusätzlichen Abschläge in diesem Monat noch bei 0,3 Prozent liegen, steigen sie bis März 2012 bereits auf 0,9 Prozent. Und nicht einmal 10 Prozent der 64-Jährigen haben noch eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle. Allein dies macht deutlich, dass die Rente erst ab 67 eine sozial ungerechte Rentenkürzung ist.

Völlig zu Recht empfinden 77 Prozent der Menschen die Rente erst ab 67 als eine verdeckte Rentenkürzung. Und eine klare Mehrheit lehnt die Rente erst ab 67 vollständig ab. Bereits heute geht rund die Hälfte der Menschen vorzeitig in Rente. Die Abschläge kürzen ihre Rente dabei durchschnittlich um 113 Euro monatlich. Auch dies verdeutlicht: Höhere Abschläge und späterer Renteneintritt sind sozial ungerecht.

Die Einschnitte für die Rentnerinnen und Rentner sind erheblich. Auch ohne die Rente erst ab 67 müssten die Beschäftigten in diesem Jahr keinen höheren Rentenbeitrag zahlen. Und selbst in 20 Jahren würden die Beiträge für Durchschnittsverdienende bei der Beibehaltung der Regelaltersgrenze ab 65 Jahren nur um 6,76 Euro pro Monat steigen.

Das Mindeste ist die sofortige Aussetzung der Rente erst ab 67.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Rente erst ab 67 in allen dazu geänderten Gesetzen umgehend aussetzt.

Berlin, den 18. Januar 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333